

EU bremst deutschen CO2-Ausstoß

Industrie erhält von 2008 bis 2012 wesentlich weniger Emissionsrechte – Brüssel billigt Zuteilungspläne nur mit Auflagen

Die deutsche Industrie muss nach dem Willen der EU mehr für den Klimaschutz tun. Ab 2008 sollen die Unternehmen die Menge an Kohlendioxid-Ausstoß drastisch verringern.

BRÜSSEL/BERLIN. Deutschland muss seinen Ausstoß an klimaschädlichem Kohlendioxid (CO₂) nach dem Willen der EU-Kommission künftig weit stärker senken als bisher vorgesehen. Wie die Kommission in Brüssel mitteilte, wird Deutschland für die zweite Runde des EU-Emissionshandels statt der geplanten 482 Millionen Tonnen nur noch

ein Gesamtausstoß von 453,1 Millionen Tonnen CO₂ genehmigt. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte vergangene Woche bereits Pläne für einen reduzierten CO₂-Gesamtausstoß von 465 Millionen Tonnen vorgestellt, blieb damit aber immer noch unter den neuen EU-Vorgaben. Die EU-Kommission entschied jetzt über insgesamt zehn nationale CO₂-Zuteilungspläne für den Emissionshandel von 2008 bis 2012. Alle zehn Pläne wurden nur mit Auflagen gebilligt.

Ursprünglich sollte eigentlich über elf Zuteilungspläne

entschieden werden. Neben Deutschland standen zudem die Emissionspläne aus Großbritannien, Frankreich, Griechenland, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, der Slowakei und Schweden auf dem Prüfstand. Frankreich wurde allerdings in letzter Minute ein Aufschub für Nachbesserungen gewährt. Die nationalen Zuteilungspläne legen fest, wie viel CO₂ Kraftwerke und Industrieanlagen in der zweiten Runde des EU-Emissionshandels – also von 2008 bis 2012 – in die Luft blasen dürfen. In der laufenden Runde wurde

Deutschland mit 499 Millionen Tonnen CO₂ das EU-weit größte Volumen zugeteilt, allerdings sind hier auch mehr als 1800 Anlagen erfasst und damit so viele wie nirgendwo sonst in der Europäischen Union.

Das Prinzip des Emissionshandels ist relativ einfach: Die beteiligten Unternehmen – EU-weit zirka 11 000 – erhalten Zertifikate, die sie zum Ausstoß bestimmter CO₂-Mengen berechtigen. Stößt ein Unternehmen weniger CO₂ aus, als ihm zusteht, kann es die übrigen Zertifikate an Anlagen verkaufen, de-

nen die eigenen Rechte nicht ausreichen.

Der Emissionshandel in der EU hat seinen Ursprung im Kyoto-Protokoll, das im Februar 2005 in Kraft trat: In dem internationalen Klimaschutz-Abkommen verpflichteten sich rund 40 Industriestaaten, bis zum Jahr 2012 den Ausstoß klimaschädlicher Gase – um insgesamt fünf Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu senken. Deutschland kündigte für diesen Zeitraum 21 Prozent weniger, die EU als Ganzes eine Verringerung um acht Prozent an.

RZ-Ausgabe AN vom 30.11.2006, Seite 09

